

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 27 (1986)
Heft: 6

Artikel: Von Messbarkeiten bis zu Minderheiten
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093414>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz zu betonten und unbetonten Aspekten des Parteitags

Von Messbarkeiten bis zu Minderheiten

Hier befasst sich Prof. Revesz in sechs Beiträgen mit Fragen, die der sowjetische Parteitag gestellt oder umgangen hat.

Rang Nummer 4

Chruschtschow betrieb die Revision als Revisor, und Gorbatschow betreibt sie als Revisor.

Sowjetische Parteikongresse haben Entscheide theoretisch zu treffen und praktisch zu billigen. Ihre allfällige Wichtigkeit erhalten sie je nach Charakter der Führungsbeschlüsse, die vor diesem Forum sichtbar werden. Das kann eine Weichenstellung betreffen oder eine Streckenbegradigung oder eine frische Lackierung für alte Signale.

So betrachtet ist der jetzige 27. Parteitag wahrscheinlich ziemlich genau im vierten Wichtigkeitsrang einzustufen, sehr weit entfernt allerdings von der Bedeutung der Kongresse von 1919 und 1956, die beide auf unterschiedliche Weise eine ausgesprochene Fanalwirkung hatten. Der 8. Kongress von 1919 hatte wegweisen den Charakter. Dort wurde das Programm des sozialistischen Aufbaus im damaligen Sowjetrussland, der späteren Sowjetunion, formell bestimmt und faktisch vorgezeigt. Demgegenüber markierte der 20. Kongress von 1956 eine Wende: die Absage an den «Personenkult»

von Stalin; die Folgen für Land und Welt waren beträchtlich.

Für den drittwichtigsten Parteitag der Sowjetgeschichte, für den 22. Parteikongress von 1961, trifft das schon nicht mehr zu. Immerhin präsentierte Chruschtschow wichtige Neuerungen, wie im neuen Parteistatut die Kaderrotation, die allerdings als Konzept nach seinem Sturz 1964 wieder fallengelassen wurde. Der Bruch mit China wurde sichtbar (zwei Jahre später sollte er flagrant werden), und das Parteiprogramm bis 1980 galt als Zukunftsverheissung; ersetzt worden ist es mit sechs Jahren Verspätung erst jetzt.

Dem jüngsten 27. Kongress kann man getrost die nächste Wichtigkeit zuordnen, schon weil die andern Parteitage rechtens der Vergessenheit anheimgefallen sind. Es handelte sich um kalendarische Fälligkeiten, die mehr oder weniger unpünktlich eingehalten wurden. (Ein Parteitag ist formell so etwas wie eine Nationalversammlung auf Parteiebene und sollte alle fünf Jahre über die Bühne gehen.) Demgegenüber stellte die Auflage von 1985 wieder mehr dar: von der Erwartung her und vom Anspruch her.

Die erhöhte Erwartung ergibt sich zur grossen Hauptsache einfach aus der Tatsache, dass mit Gorbatschow eine neue Führungsgeneration ans Ruder gekommen ist; damit verbinden sich viele Assoziationen, die zum Ausgangspunkt von ganzen Ketten an Schlussfolgerungen und Prognosen werden. Die Sowjetführung selbst hat dem Motiv des Neubeginns genügend Spielraum gewährt, um die Erwartung zu nähren, dass Wichtiges geschehe.

Der erhöhte Anspruch wiederum spiegelt sich offiziell in der Tatsache, dass sich die Partei neue Satzungen und Richtlinien gegeben hat; damit haben Jahre und Jahrzehnte undeutlich verlängerter Provisorien (zum Beispiel wusste niemand, wie weit das Programm von 1961 noch Gültigkeit habe) ihr deklariertes Ende gefunden. Verabschiedet worden sind drei Grunddokumente: ein neues Parteiprogramm (beziehungsweise eine Neufassung vom alten Text), ein neues Parteistatut und ein Perspektivplan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bis zum Jahr 2000 (im Anschluss an den diesbezüglichen Staatsplan von 1986 bis 1990). Das ZeitBild hatte diese drei zentralen Papiere in Nr. 24/1985 letztes Jahr vorgestellt, als sie im Entwurf veröffentlicht waren; in der endgültigen Fassung hat sich nichts geändert, was inhaltlich von Belang wäre.

Beim Vergleich der beiden Programmtexte fällt auf, dass die jetzige Fassung die Visionen von 1961 zurückgesteckt hat. Das war freilich nicht zu umgehen. So hatte der vorherige Schlusssatz gelautet: «Die Partei verkündet feierlich: die heutige Generation wird im Kommunismus le-

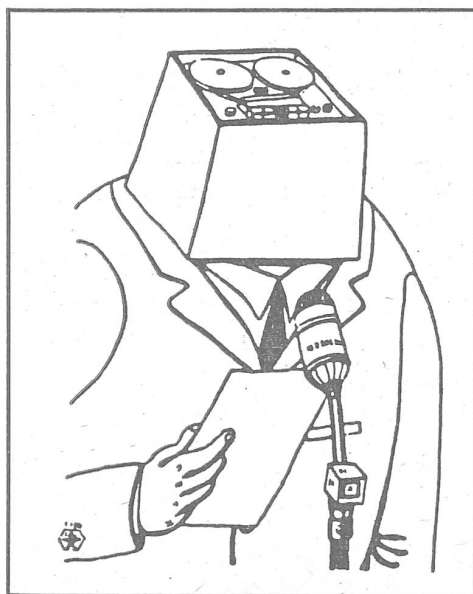
ben.» Unter Kommunismus ist dabei – wie in allen sowjetischen Texten – nicht etwa das heutige System gemeint, das als «Sozialismus» definiert wird, sondern die endzeitliche klassenlose Gesellschaft, ohne Staat, ohne Geld und ohne Polizei. Es ist klar, dass man so etwas nicht wiederholen kann, ohne sich selbst zu verspotten. Aber auch von den bloss quantitativen Zielen des bisherigen Parteiprogramms spricht man besser nicht mehr; zum Beispiel hatte es versprochen, dass die sowjetische Arbeitsproduktivität bis 1981 mindestens doppelt so gross sein werde wie die amerikanische.



Dass die Sowjetunion ihre wirtschaftlichen Ziele nicht erreicht hat, wird vor allem der Breschnew-Ära angelastet. In seinem «politischen Bericht» (Kapitel 2) betonte Gorbatschow:

«In den siebziger Jahren nahmen die Schwierigkeiten der Volkswirtschaft zu, und das Wachstumstempo ging merklich zurück. Un-erfüllt blieben nicht nur die im Programm gestellten Aufgaben, sondern sogar die herabgesetzten Auflagen der Fünfjahresplanung. (...) Wohl wirkten sich Faktoren aus, auf die wir keinen Einfluss haben, aber ausschlaggebend war, dass wir die Veränderungen der ökonomischen Situation nicht rechtzeitig politisch begriffen haben. Wir haben die Unaufschiebbarkeit des Übergangs zu intensiven Entwicklungsmethoden und zur aktiven Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Volkswirtschaft nicht erkannt.»

Die Kritik an der vorgängigen Periode ist an sich nicht neu. Chruschtschow hatte sie 1956 an Stalin geübt, Breschnew 1966 an Chruschtschow. Die jetzige Distanzierung gilt (ohne persönlich formulierte Angriffe übrigens), den 18



Der Nachredner. Eine Karikatur des dissidenten Künstlers Wjatscheslaw Sissojew, der für solche Äusserungen schon im Straflager gesessen ist.

Der Vorredner. Er ermuntert zur Kritik an der obersten Führung – unter seinem Vorgänger.



Jahren von 1964 bis 1982, für die Breschnew zuständig war. Ausgespart scheint die kurze Zeit unter Andropow, denn 1983 wird als das Jahr genannt, in welchem eine positive Entwicklung eingesetzt habe.

Die wirtschaftliche Zielsetzung der jetzigen Führung ist im entsprechenden Dokument festgehalten und nimmt sich ambitiös aus. Zum Beispiel soll bis zum Jahr 2000 die Arbeitsproduktivität auf 230 bis 250 Prozent der jetzigen ansteigen und «diesbezüglich das höchste Welt-niveau erreichen». Etwas bescheidener nehmen sich die Versprechungen für die Einkommens-verhältnisse der Einwohner aus: der Durchschnittslohn für Arbeiter und Angestellte soll sich um 13 bis 15 Prozent auf monatlich 215 bis 220 erhöhen (ein Rubel hat die Kaufkraft von 2 bis 3 Franken). Vermutlich ist dabei an eine Inflationsrate Null gedacht.

Im Parteiprogramm gibt es im Vergleich zum bisherigen Text eher Abstriche als neue Ideen. Vertraute Parteirhetorik enthält die Einleitung: «Das Dritte Programm der KPdSU in seiner jetzigen Fassung ist das Programm der planmässigen und allseitigen Vervollkommnung des Sozialismus und des weiteren Fortschritts zum Kommunismus auf der Grundlage einer beschleunigten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Dies ist ein Programm des Kampfes für den Frieden und für den sozialen Fortschritt.»



Der Parteitag fand im hergebrachten sowjetischen Stil statt; das Lob der Referenten und Diskussionsteilnehmer für den Chef fiel genauso einmütig aus wie früher. Insofern wurde der «Wendepunkt» nur genannt, aber nicht gezeigt. Ministerpräsident Ryschkow etwa gestaltete sein eigenes Referat vom 3. März als Würdigung der Ausführungen von Gorbatschow:

«Der tiefe Ideengehalt, die theoretische Durchdringung der Materie, die kompromisslose Einschätzung der Ursachen von Mängeln und Schwierigkeiten, die mit Realismus verbundene Kühnheit bei der Formulierung der neuen Aufgaben, das alles berechtigt uns dazu, den politischen Bericht des ZK der KPdSU (d. h. das Referat von Gorbatschow; Anm.) als Dokument von grosser historischer Tragweite zu betrachten.» Ryschkow bezeichnete als «Wendepunkt» die ZK-Sitzung vom April 1985, welche die «Reformgedanken» von Gorbatschow gut hiess.



Ob die allfällige Wende allfälligerweise Richtung Stalin zeigt, ist eine Frage, die in den offiziellen Kongressabläufen keine Antwort fand. Indessen ist es von Interesse, dass sie im Umfeld der Tagung mit positiver Akzentsetzung gestellt wurde. An einer Pressekonferenz von Kongressdelegierten sagte der Schriftsteller Bandarew, die Zeit sei gekommen, der Stadt Wolgograd ihren «historischen Namen», also Stalingrad, zurückzugeben. Der Parteichef von Wolgograd selbst, ebenfalls ein Kongressdelegierter, nahm dazu nicht Stellung; das gehöre in die Kompetenz der Regierung.

Das war eine Begebenheit am Rande. Aber in den letzten dreissig Jahren hätte kein Stalinverehrer es gewagt, sich öffentlich so zu äussern. Ein Testballon steigt erst auf, wenn er entscheidend gefüllt worden ist.



Der Kongress selbst liess an seiner historischen Bedeutung keinen Zweifel. Es liegt nunmehr an der Geschichte, sich dieser Würdigung anzuschliessen.

Die Zusammensetzung

Zum Kongress waren 5000 Delegierte aufgeboten. Nach welchen Kriterien?

Auf 3670 Parteimitglieder entfiel ein Delegierter. Von den 5000 Delegierten wurden 3827 oder 76,5 Prozent erstmals gewählt, ein höherer Anteil als in den meisten Kongressen zuvor.

Nicht ohne Interesse ist die Aufteilung der Delegierten nach den verschiedenen Unionsrepubliken, Regionen und Städten.

Für die 15 Unionsrepubliken zunächst gab es folgende Anteile: RSFSR (Russland) 2946, Ukraine 889, Weissrussland 189, Usbekistan 177, Kasachstan 224, Georgien 105, Aserbaidschan 103, Litauen 55, Moldau 51, Lettland 52, Kirgisien 39, Tadschikistan 33, Armenien 50, Turkmenien 31, Estland 31.

Aber ist war nicht alles. Vielmehr war Moskau als Stadt und als Gebiet zusätzlich noch doppelt vertreten. Die städtische Parteiorganisation Moskau stellte allein 321 Delegierte, also gut zehnmal mehr als Estland oder Turkmenien. Dazu kamen noch weitere 156 Delegierte aus dem Gebiet Moskau.

Diese Zahlen, von der Mandatskommission veröffentlicht, sind nach dem Territorialprinzip gegliedert und enthalten demnach keine schlüssige Aussage zum Verhältnis von Russen und Nichtrussen. Indessen drücken sie die Privilegierung der russischen Gebiete aus und zeigen mittelbar die Übervvertretung der Russen in der

Partei; laut Volkszählung 1979 beträgt der statistische Anteil der Russen an der sowjetischen Gesamtbevölkerung 52 Prozent.

Unter den Delegierten gab es 1772 vollamtliche Parteifunktionäre, darunter 570 regionale oder lokale Parteichefs.

Die 1352 Frauen stellten 27 Prozent der Delegierten und somit den «absolut und prozentual grössten Anteil in der Geschichte der KPdSU» (Mandatskommission).

Der Verjüngungsprozess, den Gorbatschow auf verschiedenen Führungsebenen eingeleitet hat, spiegelte sich auch am Parteitag wider, wiewohl die Mandatskommission hier keinen Rekord beansprucht. Am stärksten vertreten war mit 34,7 Prozent die Altersgruppe zwischen 41 und 50 Jahren, und bezeichnenderweise gehörten nur 8,3 Prozent der Delegierten der Altersgruppe ab 61 Jahren an.

Das Parteistatut

Das KPdSU-Statut (hier ist der Singular gebräuchlich) stellt das Gesetz oder das Reglement der Partei dar. Der Kongress hat ein neues Statut angenommen, doch viel geändert hat sich gegenüber vorher nicht.

Das neue Parteistatut hat die meisten Paragraphen aus dem chruschtschowschen Text von 1961 übernommen, der wiederum 1966 und 1971 teilweise etwas redigiert worden war. Hier sei auf einige neue Stellen hingewiesen.

In der Einleitung wird ein längst bestehendes *Fait accompli* (im Parteiprogramm auch schon

früher formuliert) zum formellen Parteirecht erhoben: «Die Partei bestimmt die allgemeine Perspektive der Entwicklung des Landes und garantiert die wissenschaftliche Leitung des Volkes.»

Etwas mehr Aufmerksamkeit erhalten die Grundorganisationen (die untersten Sektionen) der Partei. In der Kongress-Vorbereitungsphase war mehrfach betont worden, die Grundorganisation müsse mehr Kompetenzen und ein höheres Ansehen erlangen. Im Kongressbeschluss zu Gorbatschows Referat wurde



In einer Kongresspause («Ogonjok», Moskau, 10. 3. 1986). Wohlbetreutes Ausspannen.

gefordert, dass die Grundorganisationen zur Kontrolle der leitenden Kader befähigt sein sollten («Prawda», 6. 3. 1986). Das hat man im Statut berücksichtigt. Es heisst jetzt in Artikel 58: «Die Grundorganisation beteiligt sich aktiv an der Kaderpolitik der Partei.» Der gleiche Artikel verlangt von der Grundorganisation (hier von der Betriebssektion), dass sie in der «sozialistischen Selbstverwaltung» der Werktätigen aktiv werde und dafür Sorge, dass die Anliegen der Belegschaft von der Betriebsleitung zur Kenntnis genommen würden.

Zum Artikel 59 kommt eine neue Anmerkung. Sie ermächtigt die Betriebssektionen zur Bildung von Kommissionen, welche die Betriebsverwaltung und den Produktionsapparat kontrollieren dürfen, allerdings nur in gewissen Branchen (wahrscheinlich also nicht in der Kriegsindustrie usw.). In der Praxis gibt es schon solche Kommissionen, welche die Parteikontrolle gewissermassen auch von unten her gewährleisten sollen, aber nunmehr sind sie statutarisch abgestützt. Das wird wohl das Minimum dessen sein, was sie brauchen, wenn sie zwecks Kontrolle bei Direktoren vorsprechen, die selber übrigens auch Parteimitglieder sind und auch in dieser Funktion höhergestellt sein mögen.

Am Kongress wurde bekanntgegeben, dass man die Leiter der verschiedenen Parteikontrollkommissionen auf Lokal- und Regionalebene seit kurzem als vollamtliche Parteifunktionäre anerkennt. Bis dahin galten sie als ehrenamtliche Aktivisten und liessen sich in der Praxis oft genug ihr Wegschauen von der Kundschaft bezahlen. Die Neuregelung passt zum Kampf, den Gorbatschow seit seinem Machtantritt gegen die Bestechlichkeit führt.

Die Zentrale Revisionskommission und deren Untergliederungen haben ein eigenes Reglement erhalten, das ihre Rechte und Pflichten anführt («Prawda», 6. 3. 1986). Das Parteistatut seinerseits hat in Artikel 10 eine der Funktionen der Revisionskommission neu geregelt, nämlich die Kontrolle der Briefe und Beschwerden von Werktätigen.

Unklar ist, ob die bisherige strafrechtliche Immunität der Parteimitglieder durch das neue Statut aufgehoben ist oder nicht (weitere Ausführungen zu diesem Problem in ZB 24/1985). Die Frage stellt sich beim mehrdeutigen Wortlaut von Artikel 12. Aus dem bisherigen Text war die Privilegierung eindeutig hervorgegangen. Man durfte einen Genossen erst dann vor Gericht stellen, wenn er das nicht mehr war, das heisst, wenn ihn die «Parteijustiz» aus der Partei ausgeschlossen und somit für eine Strafverfolgung freigegeben hatte. Jetzt aber liest man im neuformulierten Passus: «Für die Verletzung sowjetischer Gesetze trägt das Parteimitglied eine doppelte Verantwortung: vor dem Staat und vor der Partei. Personen, die sich strafbarer Vergehen schuldig machen, werden aus der Partei ausgeschlossen.» Wie bisher als Voraussetzung zu ihrer Verurteilung oder anders als bisher als Folge ihrer Verurteilung? Anscheinend gibt es da einen Interpretationsvorbehalt.

John Bunzl — Alexander Flores — Fadel Rasoul

FALSCHER ALARM? Studien zur sowjetischen Nahostpolitik

1985. 224 Seiten. Kart. sFr. 22.—. Verlag Wilhelm Braumüller, Wien.

Die in diesem Band enthaltenen Analysen gehen nicht primär — wie es traditionell der Fall ist — von den globalen Interessen der einen oder der anderen Grossmacht aus. Sie versuchen vielmehr, die Wendungen sowjetisch-nahöstlicher Beziehungen zunächst aus einer lokalen und regionalen Perspektive zu beleuchten. Eine wesentliche Absicht der Studien besteht in der Aufarbeitung von historischen und politischen Prozessen im Nahen Osten und in der Fragestellung, inwiefern diese Prozesse das Schicksal sowjetischer Bemühungen um Einflussnahme und/oder Kontrolle tangieren. Während die Sowjetunion in anderen Regionen der Welt versucht hat, sich mit Strömungen der Arbeiterbewegung zu verbünden und aus der Entwicklung von Klassenkämpfen Vorteile zu ziehen, ist (auf Grund der ethno-religiösen Fragmentierung des Orients sowjetische Involvement in nationale Konflikte von relativ grösserer Bedeutung. Freilich ist die Sowjetunion in erster Linie an stabilen Beziehungen zu — möglichst freundlich gesinnten — Regierungen ihrer unmittelbaren Nachbarstaaten in der Region interessiert, und es ist ihr generell daran gelegen, die Staaten des Nahen Ostens westlichem Einfluss zu entziehen. Diese Bemühungen bilden jedoch nicht den Schwerpunkt der vorliegenden Analysen; ihre Entwicklung wird lediglich als *Rahmenbedingung* angesehen. Das Interesse gilt sowjetischem Verhalten gegenüber drei verschiedenen konkreten nationalen Bewegungen: der zionistischen, der palästinensischen und der kurdischen. Diese Auswahl könnte als zufällig erscheinen — und tatsächlich liessen sich zahlreiche andere Beispiele anführen. Es wurden typische und politisch folgenschwere Fälle gewählt, denen, wenn sich die gegenwärtigen regionalen Desintegrationstendenzen fortsetzen — wahrscheinlich auch in Zukunft noch viele folgen werden. In den behandelten Fällen gilt das Interesse nicht nur dem Verhalten des sowjetischen Staates, sondern auch der Politik der lokalen kommunistischen Parteien, die *nicht nur* als Erfüllungsgehilfen Moskauer Direktiven gesehen werden, insofern sie auch die Bedingungen ihrer Gesellschaften und autochthone konfliktüberwindende Bestrebungen widerspiegeln.

Auf diese Weise nähern sich die Autoren der Antwort auf die Frage, ob die Warnungen vor sowjetischen Absichten im Nahen Osten begründet sind, oder ob es sich hier um einen «falschen Alarm» handelt.

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung!



Buchhandlung SOI
Postfach
CH-3000 Bern 6
Telefon 031 43 12 15

«Selbstverwaltung»

Zu den erklärten Kongressanliegen gehört die Ausgestaltung der «direkten Demokratie». Wenn man das im sowjetischen Kontext verstehen will, muss man damit beginnen, die schweizerischen Assoziationen zu diesem Begriff zu vergessen.

Zu den Hauptpunkten der amtlichen Kongress-thematik gehört die mehrfach erhobene Forderung, es sei die «sozialistische Selbstverwaltung des Volkes» zu vertiefen. Der Begriff wird nicht definiert. Ebenso fehlt die klare Auskunft darüber, was daran schon Gegenwart sein soll, und was erst Zukunft.

In Kapitel 3 des neuen Parteiprogramms heisst es unter anderem, die Rolle der Werktätigenkollektive werde bedeutend zunehmen, und diese würden zur wichtigsten gesellschaftlichen Zelle der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes. Bei den Werktätigenkollektiven handelt es sich nicht um Arbeiterräte im westlichen Sinn, sondern um sporadische Belegschaftsversammlungen mit Aussprachemöglichkeit. Ihre Beschlüsse haben den Charakter von Anregungen zuhänden der Betriebsleitung.

Recht ausführlich zur Debatte stand zudem die innerparteiliche Demokratie, das heisst ihre «Vertiefung und Erweiterung», somit demnach ihr Sollzustand. Der organisatorische Teil davon betrifft das Vorhaben, die Kompetenzen der unteren Parteiorgane auszudehnen. Die höheren Funktionäre und Instanzen sind ausdrücklich davor gewarnt worden, sich immer in die Zuständigkeiten der untergeordneten Gliederungen einzumischen und deren Autonomie einzuschränken. (Im Lichte dieser Präzisierung scheint es eher um eine Wiederherstellung als

um eine Erweiterung von Kompetenzen zu gehen.)

Als Zeichen der demokratischen Entwicklung waren vor dem Kongress die drei zentralen Dokumente im Entwurf veröffentlicht und zur allgemeinen Debatte gestellt worden. An sich ist das keine Neuerung, sondern eine Gepflogenheit. Nach sowjetischer Rechtsauffassung ist das als eine Volksbefragung zu betrachten, als eine der möglichen Formen vom «Referendum», das die sowjetische Verfassung zulässt. Die «allvölkische Diskussion» geht so vor sich, dass man überall sogenannte Konsultativversammlungen einberuft, bei denen die Leute den referierenden Parteifunktionären Fragen stellen dürfen.

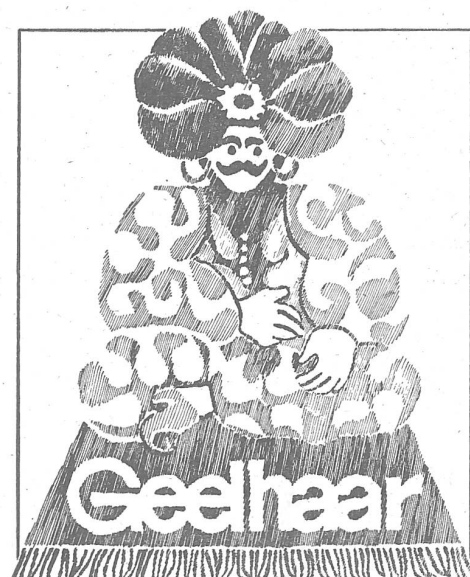
An der so durchgeführten landesweiten Diskussion nahmen laut sowjetischen Angaben rund 110 Millionen Personen teil (die UdSSR hat rund 290 Millionen Einwohner). Überdies habe sie zu Millionen Zuschriften an Parteistellen, Behörden und Medien geführt. Bei der analogen Diskussion von 1977 um die neue Staatsverfassung hatten die Medien 180'000 Briefe aus dem Publikum erhalten. Somit wird ein präzedenzloses Mitmachen der Öffentlichkeit postuliert und die breite demokratische Abstützung der Partei bewiesen (was war dann bisher?).

Die «Diskussion des ganzen Volkes» hat erklärterweise nur konsultativen Charakter, aber ein konkretes Ergebnis wird auf sie zurückgeführt: der vorläufige Verzicht auf das Projekt, die nördlichen Flüsse in den Süden abzuleiten.

Der Rückstellungsbeschluss wurde auf Regierungsebene getroffen und nicht auf dem Kongress, aber offenbar kam er auf Druck der Kongressdiskussion zustande. Ganze Gruppen von Wissenschaftlern ergriffen die Gelegenheit, öffentlich ihre ökologischen Einwände vorzubringen, und das Ausmass, in welchem die Medien in diesem Punkt die Kritik an einem amtlichen Vorhaben zuließen, war für sowjetische Verhältnisse sicherlich ungewöhnlich.

Dass der Sowjetführung ein diesbezüglicher Schwenker genehm war, weil vorderhand die Mittel zum gigantischen Unternehmen ohnehin fehlen, ist eine Möglichkeit, aber sie hätte für das gleiche eingesparte Geld selbst die ökologische Weitsicht beanspruchen können.

An dieser Stelle sei vermerkt, dass der Kongress auf keine Weise einen Wendepunkt in der Umweltpolitik dargestellt hat. Die Zerstörung der Natur nimmt in der UdSSR katastrophale Ausmasse an, aber an dieser vordringlichen Herausforderung hat der Kongress vorbeigeht. Indessen ist das Problem nicht durch Verzicht auf Kenntnisnahme zu lösen und muss von der jetzigen Sowjetführung angepackt werden; man kann die Natur nicht so straflos unterdrücken wie die Bevölkerung.



Ihr Teppich- und Bodenbelagsgeschäft

W. Geelhaar AG Bern
Thunstrasse 7
am Helvetiaplatz
Tramlinien 3+5

Telefon 031 43 11 44

Auch für Reparaturen und
Reinigungen von Orient-,
Handweb- und Berber-
teppichen sind wir Ihr
Vertrauenshaus.

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

Wir kehren zurück zur offiziellen Kongress-thematik von Demokratie und Selbstverwaltung, das heisst nach Kongressauffassung zum Thema der Demokratie *durch* Selbstverwaltung. Als «direkte Demokratie» wird die Tätigkeit der Werktätigenkollektive definiert, die mindestens bisher darin bestand, die Produktionsaufgaben weisungsgemäss zu erfüllen, Befehlsausführung als «direkte Demokratie».

Oder soll sich das jetzt ändern? Es ist eher zu-treffend zu sagen, dass in diesem Kontext einige Änderungen anvisiert sind, die in Richtung auf Arbeitermitsprache gehen. Die Begründung lässt sich summarisch so wiedergeben: Wenn die Arbeiterräte bloss als Alibi funktionieren, ist das einer effizienten Wirtschaft abträglich.

Im 3. Kapitel vom Kongressbeschluss zum Politischen Bericht des ZK der KPdSU (das heisst zum Gorbatschow-Bericht) heisst es:

«Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der Partei sind die direkte Demokratie und vor allem die Aktivierung der Werktätigenkollektive. Der Kreis der Fragen, über welche sie entscheiden können, ist zu erweitern. Die Rolle der Belegschaftsversammlungen ist zu verstärken, ebenso die Verantwortung dafür, dass ihre Beschlüsse auch erfüllt werden.»

Schon unter Andropow war 1983 ein Gesetz mit einem mehrere Zeilen langen Namen erlassen worden, das die Arbeiterräte aufwerten sollte. Man gestand ihnen Kompetenzen bei der Lösung innerbetrieblicher Fragen zu, aber nur für Geringfügigkeiten, und auch das nur unter Leitung übergeordneter Behörden und Parteistellen. Die Wahl eines Vorgesetzten durch die Arbeiter wurde auf der Ebene einer Arbeitsbrigade erlaubt (Art. 18); das war die grösste Befugnis. Ansonsten erhielt das Werk-tätigenkollektiv die Aufgabe zugewiesen, für Produktionsdisziplin und Planerfüllung be-sorgt zu sein.

Vor dem Kongress kam nun zur Sprache, was zuvor bereits in vielen Leserbriefen ausgedrückt worden war, nämlich dass die gesetzli-chen Rechte der Werktätigenkollektive in der Praxis missachtet würden. Die Betriebsleitun-gen hätten sich einfach darüber hinweggesetzt. Darüber beklagte sich als Delegierte eine Ar-beiterin aus Perm; aber auch der Parteichef der Sowjetrepublik Moldau kritisierte, dass die «reichen Möglichkeiten» der Arbeiterräte un-genutzt blieben («Prawda», 2.3.1986).

Ministerpräsident Ryschkow protestierte in sei-nem Referat gegen die kleinliche Bevormun-dung der Betriebe durch die Behörden und kam in diesem Zusammenhang unter Zitierung des Perspektivplanes (Kapitel 4) auf die künf-tige Rolle der Belegschaftsorganisationen zu sprechen. Man müsse die unmittelbare Teil-nahme der Werktätigen an den Entscheiden über ihre eigenen Belange stärken und dem Ge-setz (von 1983) Nachachtung verschaffen.

Ohne eine aktive Mitwirkung der Werktätigen-kollektive an der Ausarbeitung und Erfüllung der Pläne sowie an der Lösung aller Fragen des Betriebslebens dürfe nicht erwartet werden, dass der Wirtschaftsmechanismus effizient funktioniere. Aus diesem Grunde gelte es, die bestehenden Formen der Arbeitermitwirkung zu nutzen und zusätzlich nach neuen Formen zu suchen. Dazu könnten die Räte der Werk-tätigenkollektive zählen, also Arbeiterräte («Is-westija», 4.3.1986).

Der Kongressbeschluss zum Gorbatschow-Re-ferat nahm zu dieser Frage im erweiterten Rah-men der Demokratie-Thematik positiv Stellung (wobei bloss Aussprachemöglichkeiten auf verschiedenen Ebenen mehrfach als «direkte Demokratie» vorkommen):

«Der Parteitag befürwortet den Vorschlag, Räte der Werktätigenkollektive auf Betriebs-ebene zu bilden, die in der Zeit zwischen den Betriebsversammlungen tätig sind, ferner den

Vorschlag, die Wählbarkeit von Führungskadern in den Betrieben schrittweise auszubauen. Die Praxis der Bevölkerungsaussprache über bedeutende Fragen im Leben unseres Landes und die Praxis, Beschlussentwürfe von Lokal-behörden durch die Bevölkerung diskutieren zu lassen, ist weiterhin zu vervollkommen. Auch weitere Kanäle zur Entwicklung der direkten Demokratie, so die Bürgerversammlungen (...), sind ausgiebiger zu nutzen.»



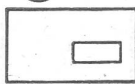
In diesem Zusammenhang lässt sich anmerken, dass die Sowjetunion zögernd Richtung auf ein Modell nimmt, das sie als konterrevolutionär zerschlagen hat, wenn es in den Bruderländern vorgekommen ist. Die sowjetische Politik hat immer den Anspruch erhoben (und tut es bis auf Gegenbescheid noch heute), das sowjeti-sche Sozialismusmodell sei «universal» und müsse daher von den andern sozialistischen Ländern übernommen werden. Nun sind die ersten Arbeiterräte des Sowjetlagers im Okto-ber/November 1956 in Ungarn entstanden; nach dem sowjetischen Einmarsch wurden sie liquidiert. In analoger Weise ging man nach der sowjetischen Invasion vom 21. August 1968 gegen die Arbeiterräte vor, die es in 114 Betrieben der Tschechoslowakei gab. In Polen wurde im Juli 1981 ein Gesetz über die Werktätigen-kollektive erlassen und dann durch die Ausrufung des Kriegszustandes am 13. Dezember 1981 suspendiert. 1983 ersetzte man es durch ein einschränkendes Gesetz, das seither weiter eingeschränkt worden ist. Immerhin ist es in Ungarn mit dem «neuen Wirtschaftsmechanismus» wiederum zur Bildung von Arbeiterräten gekommen, ohne dass die Sowjetunion direkt oder indirekt dagegen eingeschritten wäre. Die Belegschaften haben in Ungarn nominell sogar das Recht, Generaldirektoren zu wählen.

In der Sowjetunion will man Reformen in diese Richtung schrittweise einführen und spricht da-bei schon von der «sozialistischen Selbstver-waltung des Volkes». Früher hat man von der «Diktatur des Proletariats» und anschliessend von der «Diktatur des ganzen Volkes» gespro-chen. Heute ist es ein echter Fortschritt, wenn am Horizont die Möglichkeit einer einge-schränkten Belegschaftsmitprache für Be-triebsfragen auftaucht. Soweit das, wie Ryschkow betont hat, einer effizienteren Wirt-schaftsführung förderlich ist.

Rivoli -COUVERTS sind günstiger!



Fragen Sie Ihre Druckerei oder
Rivoli-COUVERTS 4411 Seltisberg BL



City Bank-Anlageplus

4½% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit

Bis 30. Juni 1986

CITY BANK

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

– die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

- ☐ Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
☐ Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
☐ Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am besten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name: _____ Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____
Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

Nationale Frage

Die nationale Frage ist auf dem Kongress nach einer doppelten Faustregel behandelt worden: erstens ist sie restlos gelöst, und zweitens sind alle Erscheinungen energisch zu bekämpfen, die ihrer Lösung im Wege stehen.

Auf dem Territorium der UdSSR gibt es rund hundert Völker (Nationen) und Völkerschaften (Nationalitäten); zudem ist das Verhältnis der Russen (knappe Mehrheit) zu den Nichtrussen problematisch. Deshalb ist die nationale Frage grundsätzlich immer heikel, und ebenso grundsätzlich wird das von der Partei immer in Abrede gestellt. Die These ist, dass alle Völker unter sozialistischer Wahrung ihrer Eigenart glücklich zusammenleben und dass sie überdies alle zusammen das glückliche Sowjetvolk bilden.

In der praktischen Behandlung der Sache ergeben sich Schwankungen. Zum Beispiel wünscht man die Russifizierung einmal stärker zu forcieren und ein andermal weniger stark. Nur zu nennen wünscht man sie nie, obwohl sie zusammen mit der Sowjetisierung den Hauptfaktor bei der Lösung (oder Liquidierung) der nationalen Frage darstellt.

Am jetzigen Kongress war weder eine neue Tendenz noch gar eine neue Linie festzustellen, und die nationale Frage kam eher beiläufig zur Sprache. Gorbatschow legte in seinem Referat ein vorsorgliches Veto gegen falsche Bekundungen nationaler Eigenart ein; was die richtigen wären, liess er offen.

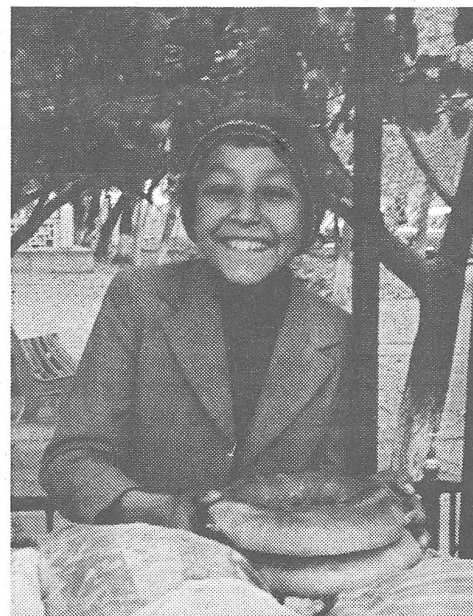
«Von gewaltiger Bedeutung für den sowjetischen multinationalen Staat ist die Entwick-

lung der nationalen Beziehungen. Ein für allemal sind die nationale Unterdrückung und die nationale Ungleichheit abgeschafft worden, in ihren sämtlichen Formen und Erscheinungen.»

Nach dieser (obligaten) Versicherung wandte er sich mit Entschiedenheit gegen jeglichen Hang zum «Lokalpatriotismus» oder zur «nationalen Abkapselung». Solchen Erscheinungen sei der Kampf anzusagen. «Es ist wichtig, dass das gesunde Interesse für die Werte jeder nationalen Kultur nicht zum Versuch entartet, sich gegen den objektiven Prozess der Annäherung nationaler Kulturen abzuschirmen.» Mit andern Worten: Du darfst deine nationale Kultur schätzen, aber du sollst sie nicht behalten wollen. Weiter:

«Das muss man auch dann im Auge behalten, wenn unter dem Vorwand nationaler Eigenständigkeit in manchen Werken der Literatur und Kunst oder in wissenschaftlichen Schriften der Versuch unternommen wird, reaktionär-nationalistische oder religiöse Überbleibsel idyllisch auszuschnitten, Überbleibsel, die unserer Ideologie, unserer sozialistischen Lebensweise und unserer wissenschaftlichen Weltanschauung widersprechen» («Prawda», 25. 2. 1985). Dass Ideologie und wissenschaftliche Weltanschauung hier als separate Dinge erscheinen, ist das einzig Hübsche an diesem «Übertreten verboten».

Auf dem Kongress zeigte sich Gorbatschow etwas gefahrenbewusster als auf seiner ZK-Rede vom 15. Oktober 1985, in der er robust die Einheitsthese vertreten und die Lösung der nationalen Frage als vollendet hingestellt hatte:



Usbekischer Bub. (Bild: cb)

«Die Lösung der nationalen Frage ist eine gewaltige Errungenschaft des Sozialismus. (...) Eine grosse Rolle gespielt hat dabei der freiwillige Zusammenschluss der freien und gleichberechtigten Völker zum multinationalen Einheitsstaat.» Die Meinung zum Soll-Zustand ist natürlich die gleiche: Einheitlichkeit.

Gorbatschow liess sich auf dem Parteitag von Delegierten aus den nichtrussischen Gebieten sekundieren, so zum Beispiel vom tadschikischen Parteichef K. Machkamow (dem Namen und dem Votum nach ein Russe). Er beklagte den Mangel an gemeinsamen Grossveranstaltungen russisch-tadschikischer Kultur, kritisierte die tadschikischen Historiker, welche die Geschichte ihres Landes idealisierten statt sie klassenmässig zu bewerten, und verlangte die Schaffung einer ZK-Koordinationsstelle für die historischen und künstlerischen Arbeiten in den verschiedenen Sowjetrepubliken. («Prawda», 1. 3. 1986)

Auch bezüglich Kunst und Literatur verwendete man die Formel von der «nationalen Form mit sozialistischem Inhalt» und rügte die Leute, die sich nicht daran hielten.

Das neue Parteiprogramm nimmt in Kapitel 3 entsprechende Stellung. «Die nationale Frage ist in der UdSSR erfolgreich gelöst worden.» Dennoch wird ihr ein «Ziel» gesetzt, nämlich die «Vervollkommnung der nationalen Beziehungen aufgrund der Leninschen Politik.» Dann wird Lenin zitiert, unter anderem mit seiner Forderung nach einer «einheitlichen Kultur des Sowjetvolkes». Dann wird gesagt, alle Völker hätten ein Recht auf die Benutzung ihrer Muttersprache und auf die Beherrschung der russischen Sprache, die «freiwillig zur Sprache der Verständigung zwischen den Völkern geworden ist».

Soweit bekannt, hat sich noch keine Minderheit je darüber beschwert, dass man ihr das Recht auf die Erlernung der russischen Sprache vorenthalten habe ...



Die wichtigsten Völker der UdSSR.

Maximen der Aussenpolitik

Wenn die sowjetische Staatspartei in ihren Grunddokumenten und in den Reden ihrer Führer ihre Aussenpolitik definiert, erscheint diese als Kriegsführung. Inhalt und Vokabular sind kriegsbezogen. Es gilt, den Feind zu besiegen und dafür die geeigneten Verbündeten und Hilfskräfte zu gewinnen. In taktischer Hinsicht gilt die Maxime: der Zweck heiligt die Mittel.

Aussenpolitik war gross geschrieben am Parteikongress. Das neue Parteiprogramm setzt Prioritäten. Im ersten Kapitel wird die Bedeutung der Staaten mit sozialistischer Ausrichtung in der Dritten Welt hervorgehoben: «Der nichtkapitalistische Weg eröffnet breite Perspektiven für die soziale Entwicklung einer Anzahl befreiter Staaten...». Und: «Die freie Wahl des gesellschaftlichen Systems ist ein heiliges Recht der einzelnen Staaten.»

In seiner Eröffnungsrede am Parteikongress hiess Gorbatschow alle Länder, Parteien und Bewegungen willkommen, die bereit seien, gegen den Imperialismus zu kämpfen. Der Solidarität mit den Kräften der nationalen Befreiung in der Dritten Welt und der sozialen Befreiung in den westlichen Industriestaaten sei grösste Beachtung zu schenken.

Die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten wird im zweiten Teil des Parteiprogrammes behandelt: «Die KPdSU erachtet es als ihre weltumspannende Pflicht, zusammen mit den übrigen brüderlichen Parteien die Ein-

heit, die Macht und den Einfluss der sozialistischen Gemeinschaft zu festigen. Dabei gehe es allerdings nicht immer auf gerader Linie.» Von besonderer Wichtigkeit sei in diesem Zusammenhang die Koordinierung der verschiedenen Aktivitäten, und zwar unter Berücksichtigung sowohl der nationalen als auch der internationalen Interessen.

Der «Vertiefung der Beziehungen zu den befreiten Ländern», das heisst zu den Blockfreien, ist ein weiteres Kapitel gewidmet.

Was die Pflege der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien in aller Welt anbelangt, wird unterstrichen, dass die jeweilige Taktik individuell erarbeitet werden soll, entsprechend der gegebenen Situation. Mit Genugtuung wird festgehalten, dass die Solidarität unter den Kommunisten im Sinne des proletarischen Internationalismus ständig zunehme. Das neue Parteiprogramm weist gleichzeitig auf Meinungsverschiedenheiten in einigen Fragen der internationalen Zusammenarbeit hin – zwischen der KPdSU und einzelnen kommunistischen Parteien kapitalistischer Staaten und Entwicklungsländer: «Falls es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen brüderlichen Parteien kommt, sind kameradschaftliche Verhandlungen zu führen.» Im neuen Parteiprogramm wird ausdrücklich jegliche Abkehr vom Marxismus-Leninismus verurteilt: «Die Erfahrung zeigt, dass eine Abkehr von den Prinzipien der Lehren von Marx, Engels und Lenin die Aktionsmöglichkeiten der kommunistischen Bewegung schwächt.»

Darüber hinaus ist laut Gorbatschow «die sowjetische Öffentlichkeit bereit, Kontakte zu nichtkommunistischen, unter anderem auch religiösen Strömungen und Organisationen weiterhin auszubauen, wenn sie gegen den Krieg auftreten».

★

Die Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten sollen laut Parteiprogramm weiterhin auf der Basis der «friedlichen Koexistenz» gepflegt werden. Die UdSSR wünscht «normale Beziehungen zu den USA» und ausdrücklich den weiteren Ausbau gutnachbarschaftlicher Beziehungen mit den europäischen Staaten.

In seiner Eröffnungsrede diagnostizierte Gorbatschow einen «zunehmenden Antikommunismus und Antisowjetismus»: «Dieser Antikommunismus und Antisowjetismus ist allerdings nicht ausschliesslich ein aussenpolitisches Instrumentarium des Westens. Diese po-

litische Richtung wird vielmehr auch als innenpolitisches Instrumentarium gebraucht, als Druckinstrument auf alle fortschrittlichen und progressiven Kräfte, die in den kapitalistischen Ländern im nichtsozialistischen Teil der Welt existieren und kämpfen.»

Andererseits ortet KGB-Chef Tscherbrikow eine ideologische Subversion des Westens, die gegen die sozialistischen Staaten gerichtet sei. Tscherbrikow: «Die Gegner des Sozialismus möchten den Zusammenschluss der Werktätigen untergraben, die politisch-moralische Einheit der Sowjetgesellschaft zerschlagen, die brüderliche Freundschaft der sozialistischen Staaten unterminieren... Die Sonderdienste, die ausländischen antisozialistischen Organisationen bemühen sich, Kontakte mit sie interessierenden Menschen in der UdSSR aufzunehmen... Wir stellen also eine flagrante Einmischung in die inneren Angelegenheiten fest, welche die Normen des Völkerrechtes und der Sowjetgesetze grob verletzt.»

Auch gegenüber den Touristen äusserte der KGB-Chef weitgehendes Misstrauen: «Jährlich kommen Hunderttausende von Ausländern in die Sowjetunion; diese Kontakte sollen auch in Zukunft gefördert werden. Wir stellen uns andererseits gegen jeden Missbrauch der Gastfreundschaft; es gibt Versuche, auch solche internationale Kontakte für antisowjetische Zwecke zu missbrauchen.»

★

Gemäss dem nach wie vor geltenden Marxismus-Leninismus ist die Aussenpolitik eine Form des internationalen Klassenkampfes, bei dem der Zweck jedes Mittel heiligt. Vom Ziel der globalen Hegemonie sind weder der Parteikongress noch das neue Parteiprogramm abgerückt.

Laszlo Revesz



Aussenminister Eduard Schewardnadse.



KGB-Chef Viktor Tscherbrikow: Kontakte von Ausländern mit unserer Bevölkerung sind eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten der UdSSR.